

## Diskussion zum Thema: Max Weber und die Machtpolitik

Friedrich, Carl J.; Bahrtdt, Hans P.; Mommsen, Wolfgang J.; Deutsch, Karl W.; Baumgarten, Eduard; Arndt, Adolf; Aron, Raymond

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Konferenzbeitrag / conference paper

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Friedrich, C. J., Bahrtdt, H. P., Mommsen, W. J., Deutsch, K. W., Baumgarten, E., Arndt, A., Aron, R. (1965). Diskussion zum Thema: Max Weber und die Machtpolitik. In O. Stammer (Hrsg.), *Max Weber und die Soziologie heute: Verhandlungen des 15. Deutschen Soziologentages in Heidelberg 1964* (S. 121-154). Tübingen: Mohr Siebeck. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-406968>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DISKUSSION ZUM THEMA:  
MAX WEBER UND DIE MACHTPOLITIK

PROFESSOR DR. CARL J. FRIEDRICH

*Einleitung zur Diskussion*

Verehrte Anwesende, es ist meine traurige Aufgabe und Pflicht, die Diskussionsleitung anstelle meines und unser aller verstorbenen Freundes Arnold Bergsträsser zu führen. Ich möchte daher an dieser Stelle und in diesem Augenblick zunächst Arnold Bergsträssers gedenken, zumal er nicht nur ein hervorragendes Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, sondern auch seinerzeit Professor an der hiesigen Universität (Heidelberg) war, und erst dem Druck der Nationalsozialisten weichend, nach Amerika auswanderte.

Der heutige Vormittag soll dem Thema „Max Weber und die Machtpolitik“ gewidmet sein. Die Machtpolitik ist ein entscheidend wichtiges Thema. Seine Diskussion wird dadurch erschwert, daß Weber einen eindeutigen Begriff der Macht nicht entwickelt hat – trotz seiner leidenschaftlichen Anteilnahme an vielen machtpolitischen Auseinandersetzungen. So ist z. B. auch sein vieldeutiger Begriff der Herrschaft von sehr besonderen Vorstellungen über Macht, nämlich im Sinne von Zwangsgewalt, geprägt. Jedenfalls aber ist die Macht für Weber ein Wert, und zwar unter den Werten ein verhältnismäßig sehr hoher.

Gestern nachmittag ist über das Postulat der Wertfreiheit diskutiert worden; dabei hat mich eine Frage wieder beschäftigt, während ich der Diskussion lauschte. Die einen sagen, Max Weber habe recht, wenn er Wertfreiheit verlangt, machen dann aber die Einschränkung, er habe doch die Rolle der Werte und Werturteile anerkannt. Die anderen sagen, Max Weber habe unrecht, aber sie machen dann ihrerseits auch die Einschränkung, er habe dennoch die Rolle der Werte und Werturteile anerkannt. Damit ist, so scheint mir, die Tatsache allgemein anerkannt worden, daß, ob man mit der Forderung der Wertfreiheit übereinstimmt oder nicht, Max Weber die Rolle der Werte und Werturteile anerkannt habe. Es kommt hinzu, daß Weber in vielen Bereichen eine angeblich wertfreie Erörterung mit uns heute durchaus sichtbaren liberalen Wertvor-

stellungen erfüllt. Man denke nur an die Typologie von Herrschaft und Legitimität, die in die Begriffe „traditional“, „rational-legal“ und „charismatisch“ gefaßt ist. So ist auch die Diskussion der Bürokratie durchaus werterfüllt und von Webers Abneigung gegen die Bürokratie einerseits, seiner Hochschätzung für ihre Leistungen andererseits durchzogen. Hinzu kommt, daß er in dem vieldeutigen und vielgedeuteten Begriff des „Idealtypus“, wie schon der Ausdruck erkennen läßt, Normvorstellungen existentialisiert. Gerade an der Thematik „Bürokratie“ läßt sich zeigen, wie Weber mit der Methodik idealtypischer Betrachtung die Wertungen durch eine Hintertür wieder hineinbringt, die er zunächst durch angeblich wertfreie Definitionen aus der Vordertür hinausgeworfen hat.

Was spezifisch die Macht angeht, so fehlt bei Max Weber eine an Erfahrungsmaterial orientierte Klärung vollkommen. Macht wird von ihm einfach nominalistisch definiert; auf dieser Grundlage wird dann ein Luftschloß von abgeleiteten Begriffen errichtet. Daher denn das im Hinblick auf die letzten vierzig Jahre kaum mehr verständliche Ineinssetzen von Führungstypen so wesensverschiedener Art wie Eisner und Mohammed. Der Begriff charismatischer Führung, geboren aus einem ganz ausgesprochenen rationalistischen Mißverständnis des eigentlich Religiösen, des Numinosen (Rudolf Otto), ist daher immer mehr verfälscht und verflacht worden und zum Anlaß immer weiter um sich greifender Mißverständnisse geworden. Ich glaube mit Aron, daß es durchaus im Sinne von Max Webers Wissenschaftsverständnis ist, wenn ich diese politwissenschaftlichen Fehlleistungen Webers scharf und deutlich als solche bezeichne. Es tut solche Auseinandersetzung der Größe seiner Leistungen keinen Abbruch, sondern bestätigt sie. Denn: „die durch den Irrtum zur Wahrheit reisen, das sind die Weisen, die auf dem Irrtum beharren, das sind die Narren“ (Rückert).

Das heutige Thema ist bis zu einem gewissen Grade ein Beweis dafür, daß sich die machtpolitische Diskussion im Grunde um eine entscheidende Wertfrage dreht, und Sie werden in der Diskussion sehen, daß ein erhebliches Ausmaß an Meinungsverschiedenheiten darüber besteht, ob Max Weber die Macht zu hoch oder nicht hoch genug bewertet habe, ob er sie falsch oder richtig bewertet habe. Das Ganze dreht sich also um ein spezifisches Wertproblem, und eigentlich sehr viel mehr um ein Wertproblem als um ein Problem von Kausalnexus, obgleich immer wieder behauptet wird, daß sich Max Weber vornehmlich um Fragen historischer Ursachenzusammenhänge bemüht habe.

Und noch ein Weiteres. Ich habe von Wertfreiheit gesprochen. In der

Diskussion über diesen Fragenkomplex ist nicht klar unterschieden worden zwischen einer Werturteilsfreiheit und einer Wertsachfreiheit. Ich kann diese Unterscheidung jetzt nicht näher erläutern, möchte nur deshalb hier darauf hinweisen, weil diese Unterscheidung auch bei der Problematik der Machtpolitik eine wichtige Rolle spielt. Daß die Machtpolitik an den Werten orientiert ist, liegt in der Natur der Sache, und wenn etwa Weber den Parlamentarismus als eine die Mächtigkeit eines modernen Staates fördernde Staatsordnung versteht und empfiehlt, so ist das Sachwertthematik. Von einer Wertfreiheit, die etwa darin bestünde, daß Max Weber wirklich empirisch erforscht hätte, ob es nicht eine bessere Ordnung gebe, kann gar keine Rede sein. Aber auch die Werturteilsfreiheit ist, soweit sie nicht einfach Sachlichkeit und Unvoreingenommenheit besagt, nicht nur nicht Webers wissenschaftliche Haltung, sondern es kommt ihm ganz wesentlich darauf an, solche Werturteile zu entwickeln und zu begründen.

In diesem Zusammenhang wäre vor allem aufzuhellen, warum sich bei Weber eine in der Folge so verhängnisvolle Vermengung der Probleme von Autorität und Legitimität findet, und zu zeigen, daß sich dies aus seinem verschwommenen Begriff der Macht ergibt, der zugleich eine Überbewertung jener Art von Macht, die Zwangsgewalt ist, mit sich bringt. Die Thematik rationaler Autorität ist nämlich entscheidend für die Einsicht in die Macht, die nicht auf Zwangsgewalt beruht. Aus diesem falschen Ansatz stammt dann Webers Fehlauffassung von Recht und Staat, die neben den Sanktionen physischer Gewaltanwendung das Moment des Befehls zu stark betont. Es ist auch hier wieder der Mangel an Empirie, der sich mit unzutreffenden philosophischen Voraussetzungen paart. Denn es ist eben einfach falsch, daß der Staat ein Monopol legitimer Gewaltanwendung besitzt; das mag gelegentlich vorkommen, gilt aber durchaus nicht allgemein, und die Ausrede auf den „Idealtypus“ verwirrt den tatsächlichen Zusammenhang der Dinge nur weiter.

All dies kommt m. E. in dem Referat meines Freundes Aron nicht genügend zur Geltung, obwohl es zur tieferschürfenden Begründung des von ihm vorgetragenen Standpunktes durchaus beigetragen haben würde<sup>1</sup>.

Wir treten nun in die Diskussion ein. Als erstem Redner erteile ich Herrn Bahrdt das Wort.

---

<sup>1</sup> Über all dies hätte ich gern ausführlicher gesprochen, kann hier aber nur auf mein jüngst erschienenes Buch *Man and His Government*, New York 1963, verweisen, in dem versucht wird, eine allgemeine Theorie der Zusammenhänge von Macht, Autorität, Legitimität, Recht und Staat (government) auf Grund des uns heute zur Verfügung stehenden Erfahrungs- und Tatsachenmaterials zu entwerfen.

PROFESSOR DR. HANS PAUL BAHRDT

Wir haben im Referat eine Reihe von Zitaten von Max Weber gehört. So wie er vermögen wir heute nicht mehr über „Macht“, „Nation“, „Weltpolitik“ zu sprechen. Und wir meinen, daß es auch den Deutschen des Kaiserreiches besser bekommen wäre, wenn sie die Möglichkeit der Machtentfaltung Deutschlands von vornherein bescheidener beurteilt hätten, als es selbst ein Max Weber tat. Wir können ihm nur gerecht werden, wenn wir darauf hinweisen, wie sehr er selbst da, wo er die Großmachtchancen Deutschlands überschätzt – das ist sogar in der zweiten Hälfte des ersten Weltkrieges oft noch der Fall – sich von den viel unrealistischeren Meinungen seiner Zeitgenossen bewußt absetzt.

Bei manchen Äußerungen Max Webers glaubt man in der Tat darwinistische oder Nietzsche'sche Denkformen zu entdecken. Dennoch scheint es mir wahrscheinlicher, daß sich der eigentümliche heroische Pessimismus Max Webers aus einer spezifischen Ausweglosigkeit seines Denkens ergab.

So scheint mir, daß für Max Weber zumindest im vorgerückten Alter die *Nation als solche* nicht ein letzter, nicht weiter zurückzuführender Wert gewesen ist. Mag in der Zeit der Freiburger Antrittsrede bei aller Kritik an der deutschen Gegenwart bei ihm noch ein Stück unreflektierten, pathetischen Nationalismus mitschwingen, in späterer Zeit – ich verweise auf die Partien im 1. Band von „Wirtschaft und Gesellschaft“ – wird von ihm in einer geradezu entlarvenden Analyse der typische Werdeprozeß ethnischer Gemeinschaften und dann die Entwicklung dieser, falls ganz bestimmte historische Voraussetzungen vorhanden sind, zur Nation beschrieben. Es ist eigentlich kaum glaubhaft, daß ein blinder Anbeter nationaler Macht als notwendige Basis einer Nation weder die tatsächliche Gemeinsamkeit der Abstammung (schon gar nicht rassische Homogenität) noch auch das Mysterium der Sprachgemeinschaft gelten läßt, sondern die Nationen ganz und gar als Ergebnisse historischer und sozialer Prozesse erklärt, in denen gerade eine irrtümliche, erst nachträglich konzipierte Annahme gemeinsamer Abstammung eine Rolle spielt und auch die gemeinsame Sprache nur ein Faktor neben anderen sozialen und kulturellen Faktoren ist, der manchmal auch fehlt. Die Bedeutung der gemeinsamen Sprache wird zudem bezeichnenderweise ganz nüchtern aus ihrer Eigenschaft als Massenkulturgut, d. h. jenes Teils der Kultur erklärt, das nun wirklich alle Mitglieder der Gesellschaft erreicht<sup>1</sup>. In diesem Zusammenhang nennt

<sup>1</sup> Vgl. *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1956, S. 243.

er eine ganze Reihe komplizierter und auf Grund von historischen Umständen jeweils voneinander abweichender „Stufen“ der qualitativen Eindeutigkeit des ‚nationalen‘ Gemeinsamkeitsglaubens“<sup>2</sup>.

Genausowenig wie die „Nation“ ein Letztes ist, hinter das man nicht mehr zurückgreifen kann, so ist auch die „Macht“ für Max Weber kein letzter Wert. Wenn man die vielen Partien betrachtet, in denen Max Weber geradezu emphatisch von „Macht“, „Machtstaaten“ und „Machtpolitik“ spricht, so muß man sich gerade bei den aktuellen politischen Ansätzen klar machen, in welchem Milieu und für welche Leser er schreibt. Er lebt ja in einem Lande, in dem es anscheinend durchweg an dem für Politik unentbehrlichen Sinn für Machtverhältnisse fehlt. Die einen berauschen sich in irrationalen Machtträumen wie die Alldeutschen und später Annexionisten im ersten Weltkrieg und verlieren dabei jedes Augenmaß, das Max Weber für eine der wichtigsten Tugenden des Politikers hält. Den anderen, den bürgerlichen Liberalen, denen Max Weber gern den Rücken stärken will, fehlt der Instinkt und der Wille, um sich die Macht zu verschaffen, die sie brauchen, um sich durchzusetzen.

Max Weber befindet sich in der komplizierten Situation eines von liberalistischen Motiven angetriebenen politischen Denkers, der aber über die Kategorien und Denkbahnen des klassischen Liberalismus hinausgewachsen ist. So wirken seine verzweifelte Versuche, sich einem Bürgertum verständlich zu machen, das zu einer konkreten liberalen Politik zwar berufen ist, deren gewandelte Voraussetzungen aber nicht versteht, manchmal verkrampft, zweideutig, ja zynisch. Ich glaube nicht, daß es Zynismus ist – das hat Herr Aron allerdings auch nicht so gesagt –, wenn Max Weber über Parlamentarismus und Demokratie so spricht, als ob es sich nur um Instrumente der Machtpolitik handelte. Hinter dem Kampf Max Webers um Parlamentarisierung steht letzten Endes ein ganz schlichtes liberales Motiv, die Sorge um die Freiheit des Bürgers. Was nun diese bürgerliche Freiheit anbelangt, so vermochte aber Max Weber nicht mehr so zu argumentieren, wie es der klassische Liberalismus getan hatte. Er konnte sie sich nicht allein erhoffen von der Beschränkung der Macht derjenigen, die über institutionalisierte Macht verfügen. Dazu waren die durch institutionelle Reformen nur wenig zu beeinflussenden Machtfaktoren des Kapitalismus und der Bürokratie zu stark und zu unentbehrlich. Ein gewisses Maß von Freiheit ließ sich nur erreichen und erhalten, wenn es konkurrierende Mächte gab.

---

<sup>2</sup> Wirtschaft und Gesellschaft, a.a.O., S. 242.

Man kann daran zweifeln, ob Max Weber überhaupt jemals die ernsthafte Hoffnung gehabt hat, daß der allgemeine Bürokratisierungsprozeß angesichts der technischen Überlegenheit der Bürokratie über alle anderen Verwaltungsformen aufzuhalten war. Auf jeden Fall war er aber der Ansicht, daß nur ein ungeheuer starker, hinsichtlich der inneren Rationalität ihr ebenbürtiger Gegenspieler ihr Widerpart leisten und damit gesellschaftliche Dynamik, und das heißt auch Freiheitschancen, erhalten konnte. Das waren im Denksystem Max Webers allein der Kapitalismus und jenes erwerbswirtschaftlich und unternehmerisch eingestellte Bürgertum, das den Kapitalismus trug.

Er fragt: „Wie ist es angesichts dieser Übermacht der Tendenz der Bürokratisierung überhaupt noch möglich, irgendwelche Reste einer in irgendeinem Sinn ‚individualistischen‘ Bewegungsfreiheit zu retten? Denn schließlich ist es eine gröbliche Selbsttäuschung, zu glauben, ohne diese Errungenschaften aus der Zeit der Menschenrechte vermöchten wir heute (auch der konservativste unter uns) überhaupt zu leben.“<sup>3</sup> Die vordergründige Antwort lautet an dieser Stelle: Einführung der parlamentarischen Demokratie. Die eigentliche Antwort, die hinter der Forderung nach Demokratie steht, kann man aus der gleichen Arbeit herauslesen. Kurz zuvor spricht er von den Konsequenzen, die sich aus einer Verstaatlichung der erwerbswirtschaftlichen Betriebe ergeben, und sagt: „Die staatliche Bürokratie herrschte, wenn der Privatkapitalismus ausgeschaltet wäre, allein. Die jetzt neben und, wenigstens der Möglichkeit nach, gegeneinanderarbeitenden, sich also immerhin noch einigermaßen in Schach haltenden privaten und öffentlichen Bürokratien wären in eine einzige Hierarchie zusammengeschmolzen.“<sup>4</sup>

Der Sozialismus ist also für Max Weber schon gar kein Partner, der den Bürokratisierungsprozeß aufhalten könnte, denn er fördert gerade das Entstehen einer monolithischen, totalen Bürokratie. Es blieb also nur der Kapitalismus als Gegenspieler, der *mächtig* genug war. Man sieht, warum es Max Weber immer wieder für nötig hielt, auf Machtprobleme zu rekurrieren.

Allerdings sah er Gefährdungen für den bürgerlichen Erwerbskapitalismus voraus. Eine starke Tendenz zur Sekurität eines statischen Rentenkapitalismus glaubte er beobachten zu können<sup>5</sup>. Vor allem aber warf er dem deutschen Bürgertum vor, daß es nicht die politische Rolle ergriff, die ihrer dynamischen ökonomischen Rolle entsprach. Er geißelte

<sup>3</sup> Gesammelte politische Schriften, Tübingen 1958, S. 321.

<sup>4</sup> A.a.O., S. 320.

<sup>5</sup> Z. B. a.a.O., S. 177 ff.

die bürgerlichen Neigungen zu scheinbar aristokratischem Gehabe und zur Anlehnung an die alte Herrschicht aus Angst vor proletarischer Bedrohung. Er bejahte den Klassenkampf des Bürgertums gegen die alte Herrenkaste wie auch den Klassenkampf der Arbeiterschaft gegen die Kapitalisten. Alle Tendenzen und Reformideen, die auf Beseitigung dieses Kampfes zielen, hielt er entweder für utopisch oder für gefährlich, aber wohl doch nicht, weil er „Kampf“ für den „Sinn“ des Lebens hielt – obwohl manche Äußerungen so klingen könnten –, sondern weil er Freiheitschancen nur sah, wenn die Dynamik des Gesellschaftsprozesses erhalten blieb. Ich glaube, daß Wolfgang J. Mommsen recht hat, wenn er meint, daß auch die Bejahung imperialistischer Außenpolitik bei Max Weber mit seiner Sorge um die bürgerlich-gewerbliche Entwicklung Deutschlands zusammenhängt, die sich aus weltpolitischen Machtkämpfen in der augenblicklichen geschichtlichen Phase nicht heraushalten könne<sup>6</sup>.

Stellen wir aber jetzt eine andere Frage! Hatte Max Weber eigentlich recht, wenn er die allgemeine Erstarrung und Stagnation durch fortschreitende Bürokratisierung und den Abfall des Erwerbskapitalismus in Rentenkapitalismus als größte Gefahr voraussah? Falls ja, hatte er recht, wenn er meinte, daß nur ein gesunder Erwerbskapitalismus, getragen von einem selbstbewußten Bürgertum mit Machtinstinkten, diese Entwicklung aufhalten konnte? War imperialistische Außenpolitik (also auch Kolonialpolitik) eine zwangsläufige Begleiterscheinung dieser bürgerlichen Entfaltung?

So genau und realistisch die Analyse seiner Gegenwart und so logisch die Extrapolationen damaliger Trends in die Zukunft bei Max Weber waren, im Grunde war er kein sehr guter Prophet. (Für uns ist es natürlich leicht zu sagen, was zwischen 1900 und 1920 hätte prophezeit werden müssen.) Mir scheint, daß Max Weber wie ganz wenige andere fähig war, ambivalent (mehrgleisig) zu denken.

Max Weber ist selbstverständlich auch ein Mann, der in historischen Prozessen denkt, nicht in ahistorischen, stationären funktionalen Modellen. Aber es scheint, daß es ihm doch nicht gelingt, aus ambivalentem Denken und Prozeßdenken eine Denkfigur zu entwickeln, die ich mit allem Vorbehalt „dialektisch“ nennen möchte. Damit soll natürlich nicht Max Weber angekreidet werden, daß er keine umfassende dialektische Geschichtsphilosophie gehabt hat. Vielmehr ist gemeint, daß es

---

<sup>6</sup> Wolfgang J. Mommsen, *Max Weber und die deutsche Politik*, Tübingen 1959, S. 420. Vgl. auch die bei Mommsen im Anhang abgedruckte Stellungnahme M. Webers zur Flottenpolitik.



ihm anscheinend nicht gelungen ist, den qualitativen Umschlag, den höchst ambivalente Erscheinungen im Zuge ihrer immanenten Entwicklung vollziehen können, vorauszusagen.

So denkt er, wenn er von der Machtpolitik der Großmächte spricht, völlig im System der sieben oder acht Großmächte, die zu seiner Zeit, aber eigentlich nur für eine sehr kurze geschichtliche Periode, ein ziemlich wackeliges Gleichgewicht gebildet haben. Er sieht nicht, oder nicht deutlich genug, daß im Zuge der industriellen und überhaupt der technischen Entwicklung einige durch besondere geographische Bedingungen begünstigte Mächte sich zu Weltmächten ganz anderer Größenordnung entwickeln können, während die anderen höchstens noch mittelgroße Mächte bilden.

Ferner: Bei Max Weber finden sich sehr aufschlußreiche Partien über den Zusammenhang von kapitalistischer Expansion und Imperialismus, aber soweit ich sehe, keine Prognose, daß die Einführung des Industriekapitalismus in Kolonien nach so kurzer Zeit die Voraussetzungen kolonialer Herrschaft vernichten muß.

Wir finden, darauf wies Herr Aron schon hin, bei ihm, der die Leistungsfähigkeit kapitalistischen Wirtschaftens und Produzierens so sehr gefeiert hat, keinen Hinweis darauf, daß das ungeheure Wachstum der Produktion zu einem Wandel des Stils und der Intentionen kapitalistischen Wirtschaftens und damit vielleicht auch zu anderen politischen Möglichkeiten führen könnte. Die Chance des Massenwohlstandes und damit der Expansion nach innen, damit das Überflüssigwerden eines Herrschaftssystems, das die Ausbeutung abstützt und alle Chancen imperialistischer Außenpolitik wahrnimmt, ist bei ihm nicht gesehen.

Vor allem aber ist dieses Bild von einem erwerbskapitalistischen Bürgertum, das sich der wachsenden Erstarrung durch allgemeine Bürokratisierung entgegenstemmt, teils zu pessimistisch, teils auch zu optimistisch. Max Weber erörtert nicht die Möglichkeit, daß die drei großen neuzeitlichen Typen rationaler Bewältigung praktischer Probleme: die rationale Bürokratie, das rationale kapitalistische Wirtschaften und die wissenschaftlich fundierte Produktionstechnik, durch jeweilige immanente Veränderungsprozesse in die Lage kommen könnten, in ein neues Verhältnis zueinander zu treten. So sieht er z. B. nicht, daß der wissenschaftliche und der technische Fortschritt durchweg auch im Interesse der wirtschaftlichen, nicht nur der militärischen Entwicklung derart große und langfristige Investitionen nahelegen kann, daß das rationale, an berechenbaren Marktchancen orientierte Wirtschaftsdenken inkompetent wird. Letzteres ist nämlich nur im Hinblick auf kurze Zeiträume

in der Lage, rational zu sein, d. h. hier zu kalkulieren. Dieser Umstand kann einerseits zu einer relativen Entmachtung der „Erwerbskapitalisten“ zugunsten von Technikern innerhalb der Unternehmen führen, andererseits den auf längere Zeiträume disponierenden bürokratischen Staat zu Hilfe rufen, damit er so langfristig investiert, wie es der Kapitalist sich nicht traut. Wer von beiden ist aber jetzt dynamischer, der Bürokrat oder der Kapitalist?

Max Weber sieht, was eng hiermit zusammenhängt, auch nicht voraus, daß die ständig fortschreitende Expansion der Bürokratie auf immer neue und kompliziertere Gebiete zu einer Krise und inneren Veränderung der Bürokratien führen muß. Max Weber hat oft von der Bedeutung der Berufsqualifikation der Beamten, von ihrem Sachverstand gesprochen. Im Vergleich zu feudalen Verwaltungsformen muß man diese Art von Sachverstand auch als Ausdruck der Leistungsverbesserung durch Spezialisierung ansehen. Dabei übersieht man aber leicht, daß sich in neuerer Zeit mehr und mehr herausstellt, daß dieser Verwaltungssachverstand für den Umfang und die Heterogenität der zu verwaltenden Gegenstände zu wenig spezialisiert ist. Dies äußert sich nicht nur in der Kritik am Juristen-Monopol, nicht nur im Vordringen von Kommunikations- und Datenverarbeitungsspezialisten, was doch ein Symptom dafür ist, daß die von Max Weber beschriebene Formalisierung des Rechts und die Formalisierung der Verwaltungsmethoden nicht mehr ausreicht, um die verwalteten Zustände durchsichtig und dadurch lenkbar zu erhalten. Es zeigt sich auch im Wiederaufleben der von Max Weber als veraltet geschilderten Honoratioren-Kollegien, diesmal allerdings in Gestalt von Experten-Gremien. Diese setzen sich zusammen aus den Trägern jenes speziellen Sachverstandes, den der bürokratische Normalverstand nicht mitumfaßt und der auch nicht zu hauptberuflicher Tätigkeit in die bürokratische Maschine einzubauen ist. Dadurch verlieren die Bürokratien aber ihren monolithischen Charakter, sie werden polyglott. Die babylonische Sprachverwirrung der Fachsprachen und das Eindringen bürokratiefremder Arbeitsformen lassen Risse in dem festgemauerten Bauwerk der Bürokratie entstehen, die zumindest zeitweilig ihre Leistungsfähigkeit und damit ihre technische Überlegenheit über alle anderen Organisationsformen herabsetzen. Auf dieser sollte nach Max Weber aber ihre Unentrinnbarkeit beruhen. Nun kündigt sich sicher in den eben angedeuteten Phänomenen nicht eine Entbürokratisierung an, möglicherweise aber eine qualitative Umformung der Großbürokratien, die ihnen auch auf lange Sicht eine andere Rolle in Gesellschaft und Politik übertragen könnte. Zum Bei-

spiel ist es denkbar, daß eine krisendurchschüttelte, gleichzeitig expandierende, immer neue Aufgabenbereiche an sich ziehende, durch diese Aufgaben aber zu immer neuer Rezeption wissenschaftlichen Fachwissens und wissenschaftlicher Informationstechnik gezwungene Staatsbürokratie dynamischer ist als der an die technologische Entwicklung offenbar nur begrenzt anpaßbare Erwerbskapitalismus. Sollte das zutreffen – und die Entwicklung des Verhältnisses von Wirtschaft und Staat in manchen hochindustrialisierten Ländern könnte darauf deuten –, dann ist die Frage nach den Freiheitschancen der Zukunft zwar nicht weniger prekär, als sie Max Weber gestellt hat, aber sie muß bestimmt anders beantwortet werden. Allerdings ist sie genausowenig von der Frage nach der Machtverteilung zu trennen wie zur Zeit Max Webers und zu allen Zeiten.

DR. WOLFGANG J. MOMMSEN

Das Referat von Professor Aron hat das eigentümliche Machtpragma, das Max Webers politisch-gesellschaftliches Werk durchgehend bestimmt und jeden, der sich eingehender damit befaßt, mit einer Mischung von Faszination und Unbehagen erfüllt, eindrucksvoll zur Anschauung gebracht und seine zeitgeschichtlichen und geistigen Wurzeln mit bemerkenswerter Klarheit dargelegt. Auch vom Standpunkt eines Historikers, der sich speziell mit diesen Fragen befaßt hat, bleibt in dieser Hinsicht wenig hinzuzufügen. Vielleicht können indes einige wenige Ergänzungen und Anmerkungen nützlich sein, für die ich mich zum Teil auf neuerdings bekannt gewordenen Material stützen möchte.

Professor Aron hat die spezifisch *nationale* Komponente des Machtgedankens bei Max Weber in den Mittelpunkt seiner brillanten Analyse gestellt. Diese tritt insbesondere in der Vorkriegszeit vielfach vergeschwistert auf mit einer im engeren, technischen Sinne des Wortes *imperialistischen* Komponente; Professor Aron hat darauf schon hingewiesen und auch Professor Bahrdt ist eben schon darauf zu sprechen gekommen. Es scheint mir angebracht, gleichwohl etwas näher auf das imperialistische Element des Denkens von Max Weber einzugehen, da es in seinem Werk nur in versteckter Form Niederschlag gefunden hat. Max Weber teilte die in seiner Zeit durchaus nicht seltene Ansicht, daß es im Zuge eines verschärften wirtschaftlichen Ringens der großen Nationen

auf dem Weltmarkt, nach einer Periode relativ friedlichen wirtschaftlichen Austauschs, zu einer ökonomischen Aufteilung der Welt in jeweils exklusiv der eigenen nationalen Wirtschaft vorbehaltene Wirtschaftsräume kommen werde. Anders als Hobson und ähnlich wie die marxistischen Imperialismusinterpreten seiner Zeit glaubte er nicht daran, daß der Kapitalismus aus sich heraus in der Lage sei, sich durch die Weckung immer neuer Konsumbedürfnisse einen ständig wachsenden Binnenmarkt zu schaffen. Mit anderen Worten: er sah in einer noch unbestimmten, aber schon absehbaren Zukunft den Sättigungspunkt für eine durch unübersteigbare Zollmauern von den übrigen Märkten der Welt ausgeschlossene Volkswirtschaft erreicht, von dem an die Dynamik des kapitalistischen Wirtschaftens unvermeidlich erlahmen müsse. Was dies für Webers letzte Ideale hieß, kann hier nur angedeutet werden: ein allmähliches Versanden individueller Unternehmerinitiative, eine bürokratische Bedarfsdeckungswirtschaft, der Erstickungstod des freiheitlichen, voluntaristischen politischen Lebens, kurz: „das Gehäuse der Hörigkeit der Zukunft“ einer zweiten Spätantike. Diese Anschauungen, bei denen Max Webers persönliche Werthaltungen deutlich sichtbar hervortreten, bilden die Folie, von der seine so überaus schroffen imperialistischen Äußerungen gesehen werden müssen, wie etwa die 1897 in Saarbrücken, daß „die deutsche Industrie, die Grundlage ihrer Existenz und ihrer Entwicklung gefährdet ist, wenn wir nicht nötigenfalls auch durch eine starke Kriegsmacht für unsere wirtschaftlichen Interessen überall mit dem nötigen Nachdruck eintreten können“<sup>1</sup>. Max Weber war jedenfalls in der Vorkriegszeit Anhänger der ökonomischen Imperialismustheorie im engeren Sinne, auch wenn er soziologischen und sozialpsychologischen Faktoren eine große Bedeutung beimaß. Allein schon diese seine Überzeugung (die in den in den Jahren 1911–1923 verfaßten Teilen von „Wirtschaft und Gesellschaft“ deutlich durchschimmert<sup>2</sup>) bestimmte ihn, schon lange vor 1914 fast fatalistisch mit dem Ausbruch eines großen europäischen Krieges zu rechnen. Wesentlich unter diesem Gesichtspunkt sind schließlich auch die von Aron zitierten Äußerungen in der Freiburger Antrittsrede zu verstehen, von denen Weber selbst schrieb, daß er damit „Entsetzen über die Brutalität seiner Ansichten“ erregt habe<sup>3</sup>.

---

<sup>1</sup> Bericht der St. Johanner Zeitung, Jg. 37, Nr. 10 vom 13. Januar 1897 über Max Webers Vortrag in St. Johann-Saarbrücken am 9. Januar 1897 über „Die bürgerliche Entwicklung Deutschlands und ihre Bedeutung für die Bevölkerungsbewegung“.

<sup>2</sup> Wirtschaft und Gesellschaft, 4. Aufl., Tübingen 1956, Bd. 2, S. 520 ff.

<sup>3</sup> Brief an Alfred Weber vom 17. 5. 1895, zitiert bei Wolfgang Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, Tübingen 1959, S. 41.

Im Kriege, so scheint es, modifizierte Max Weber seine Ansichten über das Wesen des Imperialismus; ökonomische Faktoren traten gegenüber den nationalen und machtpolitischen ganz zurück: der erste Weltkrieg war für Max Weber ein Kampf um die Entscheidung über das Maß des deutschen Kultureinflusses in der Welt, wie Professor Aron ja schon gezeigt hat. Soweit ökonomische Motive dabei eine Rolle spielten, war nun nicht mehr der „Ellenbogenraum“ im territorialen und speziell im kolonialen Sinne das Entscheidende, sondern die Größe der nationalen Kapitalreserven und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Nation im zukünftigen Wirtschaftskampf der Großmächte. Für Weber stellte sich die eigentliche Frage dahin, ob die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege instande sein werde, dasjenige Maß eigenen Finanzkapitals aufzubringen, das notwendig würde, um angesichts der drohenden ökonomischen Suprematie der angelsächsischen Welt auch fernerhin eine unabhängige Stellung zu behaupten<sup>4</sup>. Insofern traten für ihn territoriale Annexionsforderungen im Kriege mehr und mehr zurück. Es wäre natürlich verfehlt, darin eine grundsätzliche Revision seines machtpolitischen Denkens zu sehen.

Professor Aron hat ein wenig bezweifelt, ob es Max Weber mit der Durchführung des Nationalitätenprinzips wirklich ernst gewesen sei. Dies ist, wenn man vom Problem der staatsrechtlichen Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens absieht, nicht ganz berechtigt. Tatsächlich schien für Max Weber der Sieg des nationalstaatlichen Prinzips nur eine Frage der Zeit zu sein. Gestatten Sie mir, wenn ich in diesem Zusammenhang kurz auf einen Punkt der Ausführungen von Professor Bahrnt eingehe. Er hat sich gegen die Ansicht gewandt, daß der Nationalstaat auch in der späteren Zeit der oberste Wert des Politikers Weber gewesen sei. Dies wird von dem Quellenbefund nicht bestätigt: noch 1920 finden sich wiederholt Belege für Webers konsequentes Bekenntnis zum deutschen Nationalstaat als obersten Richtpunkt seines politischen Verhaltens. Die Analyse des Begriffes „Nation“ in „Wirtschaft und Gesellschaft“, auf die Professor Bahrnt sich bezogen hat, stammt aus den Jahren 1911 bis 1913, also einer Zeit, in der vielfach schroff nationale Stellungnahmen Webers zu belegen sind. Das Nebeneinander von objektiver Ana-

---

<sup>4</sup> Vgl. Gesammelte Politische Schriften, 2. Aufl., Tübingen 1958, S. 137 f.; ferner den Brief Webers an Friedrich Naumann vom 2. 11. 1915, zitiert bei Mommsen, a.a.O., S. 211, Anm. 1, sowie neuerdings Webers Rede in Nürnberg vom 1. August 1916 für den „Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden“, Deutsches Zentralarchiv I, Reichskanzleramt, 2448: „Eine Hauptfrage nach dem Kriege werde die Kapitalbeschaffung für die fernere Entwicklung der deutschen Industrie sein.“

lyse und subjektiver Werthaltung ist typisch für Weber und bildet die eigentliche Schwierigkeit einer jeden Interpretation von „Wirtschaft und Gesellschaft“. Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht darauf hinweisen, daß Max Weber in späteren Jahren, unter dem Eindruck der Entwicklung in Österreich-Ungarn, eine Rückkehr zum Nationsgedanken auf der Basis der Sprachgemeinschaft empfahl. Er meinte, man müsse den Akzent nicht auf den Staat, sondern auf die Nation legen<sup>5</sup>. Über die Zukunft des österreichischen Vielvölkerstaates dachte er jetzt wesentlich skeptischer als noch zu Anfang des Krieges.

Die Ausbreitung des nationalstaatlichen Prinzips auf ganz Europa war nach Webers Überzeugung prinzipiell nicht mehr aufzuhalten. Andererseits aber hielt er die Wilsonsche Idee, daß eine reinliche Scheidung Europas in autonome demokratische Nationalstaaten der Welt gleichsam automatisch den Frieden bringen werde, für eine große Illusion; nur unter dem Schutzmantel der Hegemonie von Großmächten war nach seiner Ansicht die staatliche Eigenständigkeit der kleinen Nationen dauernd möglich. Hier liegt der Ansatzpunkt für seine Ideologie einer besonderen deutschen Aufgabe in der weltgeschichtlichen Auseinandersetzung des ersten Weltkrieges, der Behauptung eines deutschbestimmten mitteleuropäischen Kulturkreises zwischen „angelsächsischer Konvention“, „lateinischer Raison“ und „russischer Knute“. Weber hat in einer bislang unbekannten Rede vom 1. August 1916 von der großen Verantwortung vor der Geschichte gesprochen, die Deutschland von den kleineren neutralen Staaten und von Nordamerika scheide. Dieser Glaube an die weltgeschichtliche Verantwortung Deutschlands gab ihm die Worte ein: „Erst unsere Nachfahren werden noch nach Jahrtausenden reden von dem, was Deutschland in diesem furchtbaren Existenzkampfe erlitten, erstritten und geleistet hat.“<sup>6</sup> Ungeachtet allen nationalen Pathos' konnte sich in Webers Denken jedoch das nationale Machtinteresse Deutschlands mit übernationalen Idealen verbinden: Deutschland gedachte er die Rolle der Schutzmacht der kleinen Nationen im mitteleuropäischen Bereich zu (die heute im gewissen Sinne die USA wahrnehmen). Jedoch kann uns dies im Gegensatz zu den

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu neuerdings Webers Rede am 1. August 1916 in Nürnberg, nach dem Bericht des Fränkischen Kuriers Nr. 391, vom 2. August 1916, Abendausgabe: „Wenn man sagt, der Staat sei das Höchste und letzte in der Welt, so ist dies vollständig richtig, wenn es richtig verstanden wird. Der Staat ist die höchste Machtorganisation auf Erden, er hat Gewalt über Leben und Tod . . . Der Gegensatz und der Irrtum aber war, daß man nur vom Staat, nicht von der Nation redete.“

<sup>6</sup> Ebd.

Zeitgenossen nicht mehr als ein stichhaltiges Argument für die Rechtfertigung großer nationaler Machtpolitik gelten. Auch Weber war trotz seines vergleichsweise nüchternen Denkens nicht ganz frei von der maßlosen Überschätzung der Möglichkeiten einer deutschen Machtpolitik, wie sie in den zahlreichen privaten und amtlichen Kriegszielprogrammen der Zeit ihren Niederschlag gefunden hat.

Es ist daher Professor Aron völlig zuzustimmen, wenn er gleichsam als Quintessenz seiner Analyse darauf hingewiesen hat, daß Max Weber in bestimmten Zügen seines Denkens, so insbesondere in der Betonung der Idee des nationalen Machtstaats dem Denken seiner Zeit verhaftet ist, einer Zeit, die nicht mehr die unsere ist. Doch frage ich mich, ob wir uns mit einer derartigen historischen Relativierung bestimmter uns befremdender Elemente des politischen Denkens Max Webers zufrieden geben können, ohne ihre Konsequenzen für sein soziologisches Gesamtwerk genauer zu bestimmen. Da ich auf dem Gebiete der soziologischen Theorie nicht eigentlich kompetent bin, möchte ich mich hier auf einige wenige Bemerkungen beschränken. Die Ansicht, man könne Webers theoretisches Werk von seinen „privaten“ politischen Äußerungen reinlich trennen, halte ich für verfehlt. Es kommt vielmehr darauf an, den zeitgeschichtlich bedingten Koeffizienten zu bestimmen, den wir bei der Benutzung Weberscher Theoreme einsetzen müssen, um diese für die Lösung unserer heute vielfach anders gelagerten Probleme ohne Fehlerquellen anwenden zu können. Darin sehe ich als Historiker eine Möglichkeit, zur Frage der Fruchtbarmachung Webers für die moderne Soziologie ein wenig beitragen zu können.

Eines der in diesem Zusammenhang wesentlichen Probleme scheint mir die Frage nach den Grenzen und der Legitimierung des Machtgebrauchs in der *inneren* Politik zu sein. In Max Webers Augen rechtfertigte die Idee eines machtvollen Deutschlands Machtgebrauch auch im Widerstreit mit ethischen Normen, ja, unter Umständen betrachtete er dies sogar als Pflicht. Das werden wir heute kaum noch akzeptieren. Mit der Eliminierung des Nationsbegriffs wird das Problem jedoch theoretisch nicht verändert. Eine zureichende theoretische Rechtfertigung findet sich bei Weber für dieses, zuletzt in „Politik als Beruf“ mit Nachdruck wieder formulierte Prinzip des Primats der Machtpolitik im Dienste sachlicher Ziele gegenüber ethischen Pflichten nicht. Ein wesentlicher Grund für diese Tatsache ist wohl darin zu suchen, daß Webers formale Definition des Staates als des Inhabers des Monopols rechtmäßiger physischer Gewaltsamkeit ihren Ursprung in der Lehre von der Staatsraison hat. In einem der frühesten Teile von „Wirtschaft und

Gesellschaft“ wird als „politische Gemeinschaft“ eine Gruppe definiert, deren Gemeinschaftshandeln dahin verläuft, „ein Gebiet‘ und das Handeln der darauf dauernd oder zeitweilig befindlichen Menschen durch Bereitschaft zu physischer Gewalt, und zwar normalerweise auch Waffengewalt, der *geordneten* Beherrschung durch die Beteiligten vorzubehalten (und eventuell weitere Gebiete für diese zu erwerben)“<sup>7</sup>. Bemerkenswert ist, daß in diesem Zusammenhang imperialistische Expansion ausdrücklich als ein möglicher Bestandteil staatlichen Gewalthandelns aufgeführt wird. Die äußere Politik ist hier zum Ausgangspunkt einer Bestimmung des Wesens des Staates gewählt; insofern verwundert die Verwischung des Unterschiedes zwischen äußerer und innerer Politik bei Weber, auf die Professor Aron ja schon hingewiesen hat, nicht so sehr.

In Max Webers nationalimperialistischem Denken ist daher eine der Ursachen dafür zu suchen, daß er alle politischen Phänomene fast ausschließlich als freilich überaus vielgestaltige Modifikationen der Machtausübung deutete, eine Auffassung, die in Carl Schmitts Dezisionismus eine einseitige radikale Fortbildung erfahren hat. Prof. Habermas hat ja schon gestern darauf hingewiesen. Man hat Max Webers Herrschaftssoziologie treffend „eine Soziologie der Macht“ genannt, „wie sie so furchtlos seit Machiavelli und Hobbes nicht mehr gewagt worden ist“<sup>8</sup>. Weber deutete die Gewinnung von politischer Gefolgschaft kraft charismatischer Begabung oder durch rationale Begründung der eigenen Ziele (im Sinne der von Prof. Friedrich entwickelten Theorie der rationalen Autorität) ebenso als Formen der Machtausübung wie etwa die Anweisungen eines Herrschers an seinen Verwaltungsstab. Ein Zitat zur Veranschaulichung: „Ein Befehl kann seine Wirkung durch ‚Einfühlung‘ oder durch ‚Eingebung‘ oder durch ‚rationale Einredung‘ oder durch eine Kombination von diesen Hauptformen der Wirkung von Einem zum Anderen erzielen.“<sup>9</sup>

Eine derartige umfassende Verwendung des Begriffs der Macht im Rahmen der Herrschaftssoziologie gäbe an sich keinen Anlaß zur Kritik, wenn sie nicht zur Folge hätte, daß Bemühungen um eine Bestimmung der Grenzen der Machtausübung bzw. um eine Verrechtlichung des

<sup>7</sup> Ebd., S. 514 f.

<sup>8</sup> *Gerhard Masur*, Max Weber und Friedrich Meinecke in ihrem Verhältnis zur politischen Macht. Studium Berolinense, Aufsätze und Beiträge zu Problemen der Wissenschaft und zur Geschichte der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin, Berlin 1960, S. 716.

<sup>9</sup> *Wirtschaft und Gesellschaft*, a.a.O., S. 545.



Machtprozesses im Rahmen eines solchen Systems a priori erfolglos bleiben müssen. Man könnte das Problem vielleicht ein wenig überspitzt in dem einen Satz zusammenfassen, daß es eine „nicht-legitime“ Herrschaft in Webers Herrschaftssoziologie begrifflich nicht gibt und auch nicht geben kann, wenn wir von dem ein einziges Mal in „Wirtschaft und Gesellschaft“ auftauchenden, aber nie systematisch entwickelten Gedanken absehen, die mittelalterliche Stadtherrschaft als Typus der nicht-legitimen Herrschaft zu deuten. In dem Maße, in dem die Legitimitätsbasis einer Herrschaft schwindet, schwindet auch die Chance, für Befehle Gehorsam zu finden; so aber hat Weber Herrschaft rein formal definiert. In Webers Theorie der modernen Herrschaft sind gleichsam Leerstellen offen gelassen, die es ermöglichen, sie in verschiedenem Sinne auszudeuten. Für sie gilt in noch erhöhtem Maße die Möglichkeit der Manipulation oder Umdeutung, wie sie gestern Professor Topitsch für die Naturrechtslehre aufgezeigt hat.

Neben den nationalen Gründen sind es schließlich auch universalgeschichtliche Gründe, die Weber zu einer überaus schroffen Betonung des Machtgedankens veranlaßt haben. Ich darf hier anknüpfen an die Ausführungen von Professor Bahrdt, mit denen ich mich vielfach berühre. Max Webers Hauptinteresse galt der anstaltsmäßigen Struktur der modernen Herrschaft, aber seine Auffassung, daß alle Politik, auch die *innere* Politik, Machtpolitik sei, wurde davon nicht tangiert. In der Ausbildung eines legalen Herrschaftstyps wie etwa der parlamentarischen Demokratie sah er keineswegs die Möglichkeit gegeben, die „Herrschaft des Menschen über den Menschen“ einzuschränken, geschweige denn zu beseitigen; er sah darin ausschließlich eine Verschiebung der jeweiligen „Chancen“, „Gehorsam“ für „Befehle“ zu finden, zugunsten anderer Personen. Die heute brennende Frage nach Möglichkeiten, eventuellem Machtmißbrauch prinzipielle Grenzen zu setzen oder „immanente Legitimitätsschranken“<sup>10</sup> entgegenzustellen, beschäftigte Weber nicht sonderlich. Der damals geläufigen Form eines solchen Systems normativer Grenzsetzungen, dem „Naturrecht“, sprach Weber bekanntlich die Fähigkeit ab, eine tragfähige Basis für ein modernes Rechtssystem oder gar für eine Theorie der „konstitutionellen Demokratie“ abzugeben. Für Max Weber war vielmehr ausschließlich die umgekehrte Frage aktuell, wie nämlich Machtausübung im Sinne schöpferischer Gesellschaftsgestaltung angesichts der sich nach seiner Ansicht mit zu-

<sup>10</sup> Solche Legitimitätsschranken sucht J. Winckelmann in seiner Untersuchung über ‚Legitimität und Legalität in Max Webers Herrschaftssoziologie‘, Tübingen 1952, S. 41 f. nachzuweisen.

nehmender Beschleunigung vollziehenden Verfestigung aller sozialen Verbandsbeziehungen überhaupt auf die Dauer möglich sei. Die Sorge vor einer „neuen Hörigkeit der Zukunft“, an deren Gehäuse er seine Gegenwart schon bauen sah, vor einer erstarrenden Gesellschaft, durchzieht sein ganzes soziologisches Werk. Denn in einer solchen Gesellschaft wäre für sein höchstes Lebensideal kein Raum geblieben: ein freies schöpferisches Menschentum individualistischer Prägung, das sich in wirtschaftlicher und politischer Eigeninitiative bewußt *die* sozialen Lebensformen wählt, die seinen Lebenswerten entsprechen.

Vor diesem universalgeschichtlichen Hintergrund wird Max Webers schroffe Bejahung der Machtpolitik auch im Innern allererst verständlich<sup>11</sup>. Weber war sich mit Nietzsche einig darin, daß alle großen gesellschaftlichen und kulturellen Gestaltungen das Werk einzelner großer Persönlichkeiten seien. Hier wird wiederum die nietzscheanische Komponente seiner Weltanschauung sichtbar, auf die Professor Aron schon hingewiesen hat. Ein ausgeprägt aristokratischer Individualismus war zeitlebens für Webers Denken charakteristisch; dies spiegelt sich auch darin, daß er alle Kollektivbegriffe in der Soziologie scharf ablehnte<sup>12</sup>. Weber steht von Nietzsches Auffassung vom naturhaften Charakter der Geschichte, die durch die schöpferische Tat großer Persönlichkeiten erst ihren Sinngehalt erhält, gar nicht sehr weit entfernt. Die großen charismatischen wertsetzenden Persönlichkeiten haben insbesondere in einer in Routine versinkenden Umwelt geradezu die Pflicht, sich Gefolgschaft zu verschaffen und für die Durchsetzung ihrer eigensten Ziele den Gebrauch der Macht nicht zu scheuen, notwendigenfalls auch im Widerstreit mit dem Sittengesetz, um eine Gesellschaft offen zu erhalten, der

<sup>11</sup> Vgl. dazu auch *Nolte*, Max Weber vor dem Faschismus, Der Staat, Bd. 2, 1963, S. 22 f.

<sup>12</sup> Am deutlichsten hat Max Weber dies in einem im Nachlaß befindlichen Brief an Robert Liefmann vom 9. März 1920 zum Ausdruck gebracht. Es heißt darin: „... Wenn ich jetzt nun einmal Soziologe bin (laut meiner Anstellungsurkunde), dann wesentlich deshalb, um dem immer noch spukenden Betrieb, der mit Kollektivbegriffen arbeitet, ein Ende zu machen. Mit anderen Worten: Auch Soziologie kann nur durch Ausgehen vom Handeln des oder der, weniger, oder vieler, Einzelnen, strikt ‚individualistisch‘ in der Methode also, betrieben werden. Über den ‚Staat‘ sprechen Sie z. B. noch ganz altväterliche Ansichten aus. Der Staat ist im Sinn der Soziologie nichts als die Chance, daß bestimmte Arten spezifischen *Handelns* stattfinden, Handelns bestimmter einzelner Menschen. Sonst gar nichts... Das ‚Subjektive‘ daran ist: daß das Handeln an bestimmten Vorstellungen orientiert ist. Das ‚Objektive‘: daß wir – die Beobachter – urteilen: Die Chance, daß dies, an diesen Vorstellungen orientierte Handeln erfolgen werde, besteht. Besteht sie nicht mehr, so besteht der ‚Staat‘ nicht mehr.“

im Zuge der zunehmenden Einhegung aller gesellschaftlichen Aktionen in legale Formeln universelle Uniformierung und Erstarrung droht.

Es versteht sich, daß dergleichen nicht in unfruchtbaren despotischen Formen geschehen sollte, sondern im Rahmen und mit den spezifischen Mitteln der plebiszitären Massendemokratie als der unter den gegebenen Umständen optimalen Form gesellschaftlicher Führerauslese. Es ist ein leidenschaftlicher, aristokratischer Liberalismus, der gegenüber einer antiliberal gewordenen Massengesellschaft in einen formaldemokratischen Cäsarismus umschlägt. Weber hat dafür 1919 den Begriff der „plebiszitären Führerdemokratie“ geprägt<sup>13</sup>. Dieser dialektischen Überschreitung der Positionen des klassischen Liberalismus entspricht konkret Webers Spott über den veralteten negativen Liberalismus, der nur die Freiheit vom Staate fordere und ein Höchstmaß von „Minimisierung der Herrschaft“ im Ziele habe<sup>14</sup>. In den gleichen Zusammenhang gehört auch die scharfe Polemik gegen alle diejenigen, die des Glaubens seien, Politik erschöpfe sich in einer guten Verwaltung<sup>15</sup>. Der Übergang zum Parlamentarismus war für Weber in erster Linie ein Mittel der Machtsteigerung des deutschen Staates. Das traditionelle Bestreben des kontinentalen Liberalismus, die „Herrschaft des Menschen über den Menschen“ durch die „Herrschaft des Gesetzes“ abzulösen oder doch wenigstens zu reduzieren, hielt er für eine komplette Illusion. Für solche „schwächlichen Ideale“ empfand er im Grunde nur Verachtung. Seine Position läßt sich vielmehr auf die Formel bringen: „Möglichst viel Freiheit und zugleich möglichst viel Herrschaft.“ Der Vorzug der Führerdemokratie gegenüber der „führerlosen Demokratie“ lag für ihn gerade darin, daß diese die schöpferische Machtpolitik großer Politiker ermögliche, während jene zur „Minimisierung der Herrschaft“ oder genauer, zur Führungslosigkeit tendiere. –

PROFESSOR DR. KARL W. DEUTSCH

Wir erlebten heute morgen den lebendigen Geist Raymond Arons, und wir werden für dieses Erlebnis dankbar bleiben. Aber wir müssen auch fragen, wie genau und wie ausgewogen wir in diesem blendenden

<sup>13</sup> Vgl. den Aufsatz des Verfassers zum Problem der „plebiszitären Führerdemokratie“ bei Max Weber, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 15. Jg., 1963, Heft 2, S. 255 ff.

<sup>14</sup> Vgl. *Wirtschaft und Gesellschaft*, a.a.O., S. 157.

<sup>15</sup> Vgl. *Politische Schriften*, a.a.O., S. 277.

und hinreißenden Referat den Geist Max Webers fanden. Jedem Denker, dessen Werk wir verstehen wollen, schulden wir zwei verschiedene Fragen: die Frage nach Anlaß und Ansatz seines Denkens, gebunden an Raum und Zeit, und die Frage nach der Tragweite und Reichweite seiner Ideen, die sich wohl von der nach Anlaß und Ansatz unterscheiden läßt.

Fragen wir zuerst: Was meinte Max Weber? Das ist ähnlich der Frage: Was meinte Newton? und ist verschieden von der Frage: Was ist die Reichweite und welches sind die Grenzen der Newtonschen Physik? Wir fragen also zunächst nach Max Webers persönlicher Meinung. Hier finden wir in Prof. Arons Referat die Feststellung: Max Webers höchster Wert wäre die Größe und das Prestige der Nation gewesen, erhöht durch Parlamentarismus, aber noch mehr vielleicht durch charismatische plebiszitäre Diktatur. Diese Schilderung Webers ist eine einsichtsvolle und tiefe Parabel und, vielleicht nicht unbewußt, eine Parabel auch für französische Leser. Aber die Zitate, mit denen diese Parabel belegt wurde, sind zum großen Teil – nicht alle, aber zum großen Teil – Zitate aus den Weltkriegsschriften. In der schriftlichen Form des Referates von Prof. Aron steht meistens: Politische Schriften. Wenn man nachsieht, so stellt sich heraus, daß einige der stärksten Stellen aus einem dreiseitigen Brief Max Webers an eine Frauenzeitschrift aus dem Jahre 1916 stammen, wo Max Weber gegen Pazifisten polemisierte. Das ist nicht illegitim; Max Weber schrieb in einem bestimmten Klima. Aber es ist doch zu fragen, um wieviel stärker oder einseitiger Webers Formulierungen in dem Klima der Kriegsjahre 1915, 1916 und 1917 wurden.

Hier gibt es ein Zweites: Max Weber schreibt als Advokat, als Anwalt bestimmter politischer Handlungsfolgen oder Strategien. Es ist nicht unbekannt, daß Advokaten sich die Wertargumentation ihres Gesprächspartners oft scheinbar unkritisch zueigen machen, um von den Wertprämissen des Gesprächspartners aus die Sache des Klienten zu vertreten. Wenn man sorgfältig die von Prof. Aron zitierten Schriften weiter durchliest, so stellt sich häufig heraus, daß Weber mit der Rhetorik der Machtpolitik von 1916 argumentiert, um in der Substanz seinen Lesern Mäßigung vorzuschlagen. Er schlägt ihnen vor, den unbeschränkten U-Boot-Krieg nicht anzufangen, er warnt sie davor, den verhängnisvollen Irrtum von 1915, die Fehleinschätzung der Haltung Italiens, zu wiederholen, wo man erst behauptet hatte, die fremde Macht blaffe, um zu sagen, als sie dann doch in den Krieg zog, sie hätte diesen Krieg immer schon gewollt. Und er warnt seine Landsleute, nicht

wieder diese verhängnisvolle Unterschätzung der ausländischen Meinung im Verhältnis zu Amerika zu begehen.

Vor allem schlägt Max Weber immer wieder mäßige und nicht überspitzte Ziele vor. Oft kommt das im selben Paragraphen zur Sprache, wo Prof. Arons Zitate mit den Worten enden: „Soweit Max Weber.“ Max Weber geht nun tatsächlich aber weiter und spricht dann häufig von Mitsprache, Mitbestimmung, Teilnahme Deutschlands, oder aber er sieht oft wie viele seiner Zeitgenossen sein Land in einem Existenzkampf begriffen. Es geht jetzt nicht darum, ob diese Erkenntnisse Webers realistisch waren. Max Weber schreibt 1916, Deutschland kämpfe für seine Existenz gegen Armeen von Gurkhas und Negeren, die es zur Wüste verwandeln würden. Tatsächlich haben die Alliierten sich eher für die Rekonstruktion als für eine Verwüstung des besiegten Deutschlands interessiert. Es ist tatsächlich nicht völlig so gewesen, wie Weber die Dinge sah. Aber: die Vorstellung eines um seine Existenz kämpfenden Landes, die Vorstellung eines Mitspracherechtes ist nicht ganz genau das gleiche wie die unbegrenzte Anbetung der nationalen Macht. Ich zitiere Weber aus dem Jahre 1916: „Nur das Gegengewicht der Großmächte gegeneinander verbürgt die Freiheit der Kleinstaaten“. Ein anderes Zitat: Die Deutschen stünden im Kampf gegen die Überschwemmung der Welt durch die Russen und die Angelsachsen. All das ist Nationalismus. Aber es ist nicht unbeschränkte Machtpolitik. Es ist eher noch immer die klassische Zielvorstellung eines Gleichgewichtes zwischen den Mächten einschließlich Deutschlands, im Gegensatz zu dem neueren Traum einer deutschen Welthegeemonie, wie ihn schon damals die extremen Nationalisten seines Landes hegten.

Prof. Aron hat überzeugend dargelegt, wie weit entfernt Max Weber von einem einsichtsvollen und weltverantwortungsbewußten Internationalismus unserer Tage war – von jenem Internationalismus, den Prof. Aron selbst so oft und so ehrenvoll vertreten hat. Es ist vielleicht nur gerecht, darüber nicht zu übersehen, wieviele Max Weber auch von dem extremen Nationalismus und der Machtanbetung so vieler seiner Zeitgenossen trennt.

Welches ist nun aber die objektive Reichweite von Webers Gedanken? Welches sind die unausgeschöpften wissenschaftlichen Möglichkeiten, die ihnen innewohnen? Wir schulden Max Weber nicht nur Biographie und Philologie, sondern die lebendige Fortführung seiner Ideen, einschließlich ihrer Dissoziation, ähnlich dem Verfahren der Physiker, die die Relativitätstheorie Einsteins aufnahmen, aber seine Gedanken über die Quantentheorie als unrichtig ablehnten. Wir finden eine Definition

der Macht in Prof. Arons Referat, die Weber in eine Reihe mit Machiavelli und Hobbes stellt, die Vorstellung also, es gäbe in der Welt keine Ordnung als jene, die durch eine äußere Ordnungsmacht in sie hineingetragen würde. Ohne den Souverän gibt es bei Hobbes nur Chaos. Aber es gibt eine zweite Vorstellung der Welt, die wir bei Locke finden, daß dem Naturzustand auch ein Naturgesetz entspricht, d. h. daß die Systeme der Welt in der Abwesenheit der Herrschaft nicht völlig chaotisch sind, sondern daß es auch möglich ist, an sich-selbst-ordnende Systeme zu denken. Das ist ein altes Problem in der Philosophie und in der Sozialwissenschaft, aber man kann doch wohl sagen, daß es oft in Webers Gedanken Vorstellungen von Gleichgewicht, Gegengewicht und Entwicklung zur Rationalität gibt und daß diese Rationalität für Weber selbst einen Wert bedeutet. Die Welt ist also für Weber nicht ein völlig Hobbistisches System – weder für sein erkennendes noch für sein wertendes Denken –, und die Gleichsetzung der Welt Webers mit jener von Hobbes ist eine Vereinfachung seiner Ideen.

Webers Unterscheidung von Tatsache und Wert muß daher nicht notwendigerweise in einer Sackgasse enden. Sie kann weiterentwickelt werden. Weber unterscheidet richtig: er definiert Tatsachen oft als Wahrscheinlichkeiten. Er spricht immer wieder von der Chance. Werte, sagt er, werden gewählt gegen den Hintergrund der entdeckten Tatsachen und Wahrscheinlichkeiten. Aber man könnte Webers Gedanken in zwei Punkten weiterentwickeln.

Erstens: Die Menschen leben, wie Weber selbst sehr wohl wußte, nicht von Einzelwerten allein, sondern jeder Mensch lebt von einer Mehrzahl von Werten, deren keiner bis auf ein unerträgliches Maß verringert werden kann. Webers rationale Kritik ist daher anwendbar auch auf die Frage der Vereinbarkeit der Werte. Zu einer gegebenen Zeit und an einem gegebenen Orte ist diese Vereinbarkeit empirisch zu prüfen und wissenschaftlich festzustellen. Die Wissenschaft kann also sehr wohl entscheiden, ob eine Wertkonfiguration zur *Klasse* der vereinbaren, der lebensfähigen Wertkonfigurationen gehört. Dieser Schluß ist dem Irrtum unterworfen, er ist auf Grund der Wahrscheinlichkeit zu ziehen, aber in diesem Sinne ist er eben ein wissenschaftlicher Schluß wie alle anderen wissenschaftlichen Schlüsse. Nur *innerhalb* der Klasse der wahrscheinlich lebensfähigen Wertkonfigurationen kann die Wissenschaft nicht entscheiden, innerhalb dieser Klasse der möglichen Strategien entscheiden dann ethische Wertgründe eher als wissenschaftliche.

Die Wertvereinbarkeit kann man sogar, da man sie wissenschaftlich fassen kann, auch mathematisch ausdrücken. Zum Teil verfügt die

Volkswirtschaftslehre über eine ganze Reihe von Formeln, durch die der Wertgewinn an einem Wert und der Wertverlust an einem anderen Wert gleichzeitig ausgedrückt und überschaubar gemacht werden können. Die Faktorenanalyse der Psychologen und mancher Soziologen ist ein anderes Instrument, das hier verwendet werden könnte. Die Verantwortungsethik Webers könnte zur Mithineinnahme der Verantwortung für die sekundären Wertkonsequenzen entwickelt werden: welche Wirkungen hat die Verfolgung eines Wertes für andere Werte?

Wenden wir diese Gedanken auf das Problem der Macht an. Weber, wie Prof. Aron uns ins Gedächtnis rief, zieht den Begriff Herrschaft, der schärfer und enger ist, dem Begriff der Macht vor. Aber *Herrschaft ist für Weber die Chance des Gehorsams*. Eine Chance ist eine Wahrscheinlichkeit, und die Antwort auf die Frage: was ist die Chance? ist eine Zahl. Webers Begriff der Herrschaft ist also quantitativ. Webers Begriff der Chance, Gehorsam zu finden, ist eine Wahrscheinlichkeit, und eine Wahrscheinlichkeit ist eine Häufigkeit. Es handelt sich also bei Webers Herrschaftsbegriff um den Begriff der Häufigkeit des Sich-Fügens der Menschen, oder, kurz gesagt, der Häufigkeit der Fügung. Wie oft fügen sich Menschen in ihrem Verhalten den Richtlinien oder Aufträgen der Regierung? Oder ihrer Herrschaft?

Dieser Gedanke Webers kann operationalisiert werden. Es gibt Messungsmethoden für die Erfolgsraten von Parlamentariern in der parlamentarischen Abstimmung: Robert Dahl hat die Namen zahlreicher amerikanischer Senatoren mit Ziffern versehen, die zeigten, wie häufig ein gewisser Senator in Abstimmungen über gewisse Gesetzesprobleme erfolgreich war. Es ist möglich, ähnlich die Teilnahme an Entscheidungen über wichtige Werte als Macht zu definieren, und dann kann man Teilnahmsraten berechnen. Diese Vorstellungen resultieren aus den Gedanken des amerikanischen Theoretikers Harold Lasswell, und beide, die Verfahrensmethoden Dahls und Lasswells, sind meines Erachtens mit den Gedanken Webers sehr wohl vereinbar.

Man könnte weitergehen. Man könnte für ganze Länder und Bevölkerungen die Fügungsraten zusammenstellen, insbesondere für bestimmte wichtige Verhaltensweisen: Wie oft fügen sich Menschen etwa den Strafgesetzen, den Steuergesetzen und der Steuermoral? Welches sind die Fügungsraten, welches sind die Übertretungsraten, und welches sind die Erzwingungsraten? Wir wissen, daß die Erzwingungsrate manchmal die Fügungsrate erhöht, aber manchmal durch Verbitterung des Volkes die Fügungsrate verringert. Wir wissen, daß die Fügungsrate im allgemeinen weniger von der Erzwingungsrate als von anderen

sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen abhängt. Wir können versuchen, dieses Ineinanderspiel von Fügungsrate, Übertretungsrate und Erzwingungsrate durch ein System von Gleichungen auszudrücken. Die Webersche Theorie schafft dann, in dieser Art ausgeführt und um den Faktor der autonomen Wahrscheinlichkeit des relevanten Verhaltens bereichert, ein mathematisches Modell von etwa 4 Gleichungen, die ich Ihnen hier nicht vorführen kann.

Weber lehrt weiter: die Fügungsrate beruhe vor allem auf der Legitimität, der Fügung aus inneren Gründen. Er sieht diese inneren Gründe der Fügung in der Tradition, im Charisma und in der Legalität aus bürokratisch-rationaler Routine. Weber sagt, daß es in der Praxis oft eine Kombination dieser drei Quellen der inneren Fügung gibt, aber er sagt auch sehr klar, daß sich die Proportionen dieser Quellen der Legitimität im Entwicklungsprozeß verschieben.

Es bieten sich hier drei interessante Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung von Webers Gedanken.

Erstens ist es möglich, die Legitimität zu messen. Die Legitimität ist meßbar – der Begriff ist so alt wie die griechischen Sophisten – aus der Häufigkeit der unbeaufsichtigten Fügung. Wie hoch ist die Fügungsrate in der Abwesenheit der Aufsicht, und um wieviel verschiebt sie sich, wenn Aufsicht und Erziehung gegenwärtig sind? Je höher die unbeaufsichtigte Fügung, desto größer die Legitimität.

Zweitens: die Theorie Webers könnte entwickelt werden zu einer Theorie der soziologischen Beeinflussung und sozialen Verschiebung des Super-Egos. Diese Fortentwicklung wollen wir zunächst einmal den Kollegen von der Sozialpsychologie und Psychiatrie überlassen.

Dann gibt es drittens aber auch die Möglichkeit einer mehr soziologisch und politisch orientierten Theorie der Stadien der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Wo die Tradition ungebrochen herrscht, ist wenig Raum für Charisma. Wo Tradition etwa unter dem Druck der Wirtschaftsentwicklung zerbricht – oder unter dem Druck von Krise oder Katastrophe oder unter dem Druck radikaler Veränderungen der Technologie auf jeder Entwicklungsstufe – dort gibt es wieder die Möglichkeit der charismatischen Führung, dort wächst die Suche und der Hunger nach dem charismatischen Führer in den Gemütern der Menschen. Es ist also möglich, von Webers Gedanken her eine Art von „Marktforschung für Charisma“ zu entwickeln. Die Übergangszeit, während der charismatische Führung gesucht wird, endet wiederum mit dem Übergang zu bürokratischer Routine, wo das erkaltete Charisma in Legalität erstarrt.



Es wäre also möglich, von Max Webers Ideen eine Theorie der Aufeinanderfolge charismatischer und nicht-charismatischer Epochen in der Entwicklungsgeschichte jedes Volkes und jedes Landes abzuleiten. Charisma, so gesehen, ist vor allem die Legitimitätsquelle und Herrschaftsform der Übergangsepochen. Martin Lipset hat das für das Amerika Georges Washingtons und das Ghana Kwame Nkrumahs darzustellen versucht. Bedeutsame Aspekte dieser Vorgänge sind meßbar. Die Erosion der traditionellen Autorität ist nicht unabhängig von meßbaren sozialen Änderungen, die wir im Begriff der sozialen Mobilisierung zusammenfassen. Ich kann darauf hier nicht eingehen; ich möchte nur sagen, daß sich diese Verschiebungen heutzutage in den Entwicklungsländern etwa mit einer Verschiebung von 1 % der Bevölkerung pro Jahr aus dem traditionsgebundenen Sektor der Gesellschaft in den zur Massenkommunikation und zur potentiellen politischen Anteilnahme sozial mobilisierten Sektor abspielen.

Was fehlt in Webers Begriff der Macht? Es fehlt zunächst einmal der Begriff der autonomen Wahrscheinlichkeit des befohlenen Verhaltens. Das ist eine gefährliche Lücke. Zweitens fehlt der Begriff der Kosten der Macht, der opportunity costs, wie der Volkswirtschaftler sagt. Drittens wäre vielleicht von Webers Machtbegriff her etwas zu entwickeln, was in Webers Gedankengängen unterentwickelt ist – aber implizite meiner Ansicht nach gegenwärtig ist – nämlich die Vorstellung von der Politik als eines oft entscheidend wichtigen Instrumentes zur Beschleunigung des sozialen Lernens, zur Beschleunigung und Steuerung des Lernens neuer Verhaltensweisen und neuer Formen der gesellschaftlichen Zusammenarbeit. In diesem Sinne hat Macht als solche keine Substanz. Sie ist ein Begriff, mit dem Verhältnisse gemessen werden. Talcott Parsons hat ausgeführt, daß in diesem Sinne Macht mit dem Begriff des Geldes verglichen werden kann, das wie Papiergeld selbst keine Kaufkraft hat, sondern das nur menschliche Verhältnisse bezeichnet. Wenn man diesen Gedanken fortführt, dann wird Gewalt analog dem Golde und Prestige analog dem Kredit. Prof. Parsons (in einigen seiner Aufsätze) und ich selbst (in einem Kapitel meines Buches) haben diesen Gedanken weiter ausgeführt.

Lassen Sie mich zu Ende kommen. Weber hat uns in seiner „Allgemeinen Wirtschaftsgeschichte“ weitere Gedanken gegeben, die vielleicht von größter Bedeutung für sein Verständnis sind. Der Westen erwuchs nach Webers Ansicht nicht vor allem aus Macht an sich, er erwuchs aus der sich selbst regierenden Stadt, diese selbstverwaltende Stadt aber aus der Schwurgemeinschaft der Bürger, und jene Schwurgemeinschaft

der Bürger aus dem Abendmahl, welches erst diese Menschen gegenseitig rechts- und organisationsfähig machte. Die bisher größte Machtentfaltung in der Weltgeschichte, der Aufstieg des Westens, ist also nach Max Weber aus einer Kette von Ereignissen entstanden, die in ihrem Wesen viel mehr mit der menschlichen Kommunikation und dem menschlichen Zusammenleben als einfach mit der menschlichen Befehlsgewalt zu tun haben; und diese Ereignisse hatten dann erst in zweiter Linie ihre Konsequenzen für das Gebiet der Herrschaftsformen. Weber dachte auch hier im Geiste Nietzsches, der einmal sagte: Die größten Änderungen in der Geschichte der Menschheit fallen nicht in unsere lautesten, sondern in unsere stillsten Stunden. Nietzsche sprach nicht von der Machtverschiebung, sondern von der Wertverschiebung, als er von der Drehung der Erde sprach: Unhörbar, sagte Nietzsche, dreht sie sich. In diesem Geiste kann uns auch die soziologische Geschichtsbetrachtung Max Webers helfen, das verborgene Ineinandergreifen der Veränderungen von Wert, Macht und Wissen in der Entwicklung der Gesellschaftsordnungen und Staaten etwas besser zu verstehen.

PROFESSOR DR. EDUARD BAUMGARTEN

Die Kongreßleitung war so freundlich, mich einzuladen zu Bemerkungen, die nicht vorbereitet sind, weil ich bis zur letzten Minute vollständig präokkupiert war durch eine anderweitige Beschäftigung, die freilich dem gleichen Gegenstand galt<sup>1</sup>. Ich habe also das zweifelhafte Vergnügen, Messer zu gebrauchen, die ich erst hier, während ich Herrn Aron und seinen bisherigen Korreferenten zuhörte, zugeschliffen habe; lassen Sie mich von diesen Messern einen freundlichen Gebrauch machen unter dem Motto dieses Löwen, der in dem Wappen, das uns da zu Häupten hängt, ein Buch aufschlägt, auf dessen Seiten steht: „Semper apertus.“ In vorbildlicher Weise ist Herr Aron in seinem Referat diesem Motto gefolgt – ungeachtet einzelner Stellen, wo Prof. Deutsch der Meinung war, wenn Herr Aron ein Zitat schloß: „Soweit Weber“, dann sei flugs im folgenden von ihm nicht mehr mitgeteilten Text noch ein ganz *anderer* Weber zum Vorschein gekommen. Das mag wohl sein, das ist mir an einigen Stellen auch aufgefallen. Und trotzdem war – im Prinzip – bei Herrn Aron der ganze Weber aufgeschlagen. Herr Aron

<sup>1</sup> Max Weber – Werk und Person, Dokumente ausgewählt und kommentiert von Eduard Baumgarten, Tübingen 1964.

richtete die Abfolge abgekürzter Zitate so ein, daß in all dem einzelnen Zitierten immer das ganze Spannungsgefüge der Weberschen Position transparent war. Ich würde sagen: ganz anders bei Herrn Mommsen, der heute und hier – weit auffälliger als in seinem trefflichen Buch – gleichsam als Staatsanwalt seiner eigenen Erfahrungen und Besorgnisse auftrat – unter der Voraussetzung, daß ein großer, genialer Mann nicht so sehr wie Max Weber Kind seiner Zeit gewesen sein durfte; Mommsen deckte mit der Hand des Staatsanwalts in den Sprechweisen des Angeeschuldigten in der Tat oft diejenigen Stellen zu, die Antworten enthielten gegen seine Verdikte; hätte er sie vorgelesen, so wäre des öfteren das Verdikt „schuldig“ als untriftig und ungerecht widerlegt worden. Das müßte ich näher belegen; es ließe sich *leicht* belegen. Aber darauf kommt es im Augenblick nicht an. Ein großer Mann ist wie ein Besuch, der selbst am dritten Tage noch immer nicht fortgeht; Weber wird uns nach den jetzigen drei Tagen in unserem Hause weiterhin heimsuchen, und die Schwierigkeit ist, daß nicht so sehr er ein Kind seiner Zeit war, sondern wir Kinder unserer Ängste aus unseren Erfahrungen sind und ihm Vorwürfe machen, die wir besser gegen uns selbst richteten.

Max Weber hatte an einer Stelle gesagt: „Keine Pedanterie der Welt kann zu groß sein, um Konfusionen entgegenzutreten.“ In dem ausgezeichneten und, wie gesagt, Weber in seiner Kraft und Spannung darstellenden Vortrag von Herrn Aron ist doch *eine* Konfusion wirksam gewesen, die einen zentralen Punkt betrifft. Herr Aron hat gesagt, Weber habe den Parlamentarismus und die Demokratie erniedrigt zu Werkzeugen der Größe der Nation, und diese Größe der Nation sei der höchste, unbedingte Wert für Weber gewesen. Die Konfusion steckt in dem Wort „unbedingt“. Für Weber stand der Wert „Größe der Nation“ im Gegenteil unter Bedingungen. So wenig trifft es zu, daß Demokratie ihm nur als eine Summe von Werkzeugen galt, daß sich, umgekehrt, für Weber die Größe einer Nation in der modernen Welt nach dem Maße bestimmt, in dem diese Nation wirkliche Demokratie entwickelt. Es ist richtig, daß Max Weber in jener berühmten Antrittsvorlesung in Freiburg gesagt hat: „Menschenglück? lasciate ogni speranza.“ Aber er hat hinzugefügt: Was uns interessiert, ist, daß wir in den Menschen, zunächst in unseren Landsleuten, in uns selbst, dasjenige menschliche Sein entwickeln, zu dem sich noch unsere Kinder und Enkel bekennen können. Wenn man nun nachfragt, wie stellte er sich dieses menschliche Sein vor, zu dem sich unsere Kinder noch bekennen mögen, dann definierte er zunächst negativ: *Nicht* zu uns werden sich unsere Nachfahren bekennen mögen, wenn wir als Parvenus

der Macht nur Lärm auf den Weltbühnen schlagen; nichts von deutscher Macht werden sie wissen wollen, wenn es dabei bleibt, daß gegenwärtiger deutscher Machtwille nur die Unteroffiziersform der Macht kennt: „Befehl, Gehorsam, Strammstehen, Renommage.“ Das ist ein Text, vor dessen Höhepunkt Sie zu lesen aufgehört haben, Herr Aron. Hier paßt der Einwand von Herrn Deutsch: „Soweit Weber . . .“, und danach erst käme die Hauptsache. (Zwischenruf Prof. Aron: Ich habe doch gerade Stellen über Macht-Verkehrung selber zitiert.) Gewiß, aber nicht bis zu dem Punkt, wo ganz eindeutig wird, wie Macht als typisch deutsche Macht der eigentliche Gegenstand des Hasses, des nationalen Selbsthasses Max Webers gewesen ist. Wohl lief die Tendenz Ihrer Zitate spürbar in diese Richtung, aber Sie zogen die Linie nicht durch zu ihrer vollen Konsequenz. Die Konsequenz für Sie und uns wäre gewesen, daß Webers Machtbegriff nicht an Nietzsche, auch nicht an Darwin orientiert war, geschweige am Begriff des „Herrenvolks“, sondern an dem leidenschaftlichen, gänzlich unliterarischen, ganz elementaren und schlichten Verlangen, im Rahmen der europäischen Machttradition den äußeren und inneren Wettkampf mit den großen politischen Machtträgern, den Engländern und den Franzosen, erfolgreich zu bestehen. 1917, mitten im Kriege war es, daß Max Weber vom „Herrenvolk“ sprach. In welchem Sinne denn? Den Alldeutschen hat er diese Parole „Wir müssen ein Herrenvolk sein“ aus der Hand geschlagen und erklärt: „Wir *sind* kein Herrenvolk, denn wir dulden diesen Monarchen.“ Das war, international betrachtet, ein ziemlich unerhörter Vorgang. Ich möchte fragen, welche Nation, die auf ihre nationalen Symbole hält, hätte, im Kriege, einen Mann unter sich geduldet, der wie Max Weber den Monarchen, den eigenen Kaiser, in dieser rücksichtslosen Weise angriff und anprangerte. Das ist immerhin in dem „Obrigkeitsstaat“ Deutschland für Max Weber möglich gewesen und bedeutete, auf ihn selber gesehen, ja doch wohl dies: daß Größe der Nation für ihn kein sakrosankter, unbedingter, sondern nur ein relativer, vor allem: kritisierbarer und kritikbedürftiger Wert war. Sein Antikaiser-Artikel, desgleichen sein Anti-Bismarck-Artikel (der genauso rücksichtslos gegen ein deutsches Symbol nationaler Größe verfuhr wie der Kaiserartikel) erschienen in der Frankfurter Zeitung. Viele Landsleute haben daraufhin die Frankfurter Zeitung abbestellt, und zwar Leute von ganz rechts bis ganz links: „Max Weber ist ein Schandfleck für die Nation“, hieß es. Genauso, wie Ludendorff mir nach dem Kriege sagte, Max Weber wäre ein Landesverräter. Das ist immerhin der Tatbestand, daß von seinen Zeitgenossen Max Weber als ein Mann empfunden wurde, der die

„Größe der Nation“ mindestens im Sinne einer konventionellen Prestigevorstellung eher zu mißachten als heilig zu halten geneigt war. Es ist auch im Kriege jener Aufsatz über die „Wertfreiheit“ geschrieben worden, der ungefähr wie folgt endet: Der Wissenschaftler als Wissenschaftler hat doch wohl nur *einen* gänzlich unbezweifelbaren Beruf: kühlen Kopf zu bewahren auch gegen die höchsten Ideale, auch und insbesondere heute im Kriege, also: vor allem gegen das Ideal des Staates. Gerade hier sei es der Beruf des Gelehrten, sich in der Freiheit zu üben, unter Umständen gegen den Strom zu schwimmen, dem Ideal der staatlichen Macht *nicht* bedingungslos sich hinzugeben.

Vor dem Kriege, 1911, hat Max Weber an Graf Keyserling in einem Brief geschrieben: Wir Deutsche sind kein Kulturvolk, weil wir nicht die Nerven gehabt haben, wenigstens einem unserer Monarchen den Kopf vor die Füße zu legen. Herr Honigsheim, der bekannte nach USA emigrierte Religionssoziologe, hat gewiß in seinen Erinnerungen die Bedeutung drastischer Weberscher Aussprüche allzu gern isoliert und überschätzt; und doch wird es so geschehen sein, daß Weber seinen jungen Freunden Honigsheim, Georg v. Lukács und Ernst Bloch in den Jahren vor dem Kriege einmal gesagt hat: Wenn ich je wieder Seminar halten sollte, so werde ich keine Deutschen zulassen, sondern nur Juden, Polen und Russen. Die Zuhörenden haben in Weber den Zorn des Augenblicks nicht richtig diskontiert. Lukács und Bloch waren daher tief degoutiert, denselben Max Weber, der seine Nation auf so eindrucksvolle Weise „niedrig gehalten“ hatte, nunmehr in Uniform – als Patriot – in seiner Heidelberger Wohnung, im Saal der Ziegelhäuser Landstraße 17, am 1. Sonntag des August 1914, sitzen zu sehen und reden zu hören.

Der scheinbare Widerspruch, der die Herren Lukács und Bloch erregt hat, enthält nun genau das Moment, das uns erlaubt, den Finger auf den Punkt zu legen, den ich vorhin als Konfusion bezeichnet habe. Herr Aron, Sie haben vollkommen recht, wenn Sie Max Weber zitieren, der gesagt habe: Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik müßten einem absoluten Wert dienen, nämlich den Machtinteressen der Nation. Volkswirtschaft – Wirtschaft, Ökonomie – ist ja aber nicht ein Terrain, das das ganze Menschtum, als *humanitas*, einschließt. Für Max Weber war die nationale Existenz und waren deren Machtchancen allerdings ein letzter Orientierungspunkt für die Wirtschaftspolitik. Aber menschlich gesehen bedeutete ihm die Nation weder einen unbedingten noch den höchsten Wert. Es ist keineswegs eine Haarspalterei, wenn statt dessen festzustellen ist, daß er allerdings der Nation auch für den

Menschen als Menschen einen Wert zusprach, der in einem *absoluten* Sinne verpflichtend sei. Seiner Nation ist ein Mensch „absolut“ zugehörig im Sinn einer unabdingbaren, nicht entflieharen Loyalität. Es möge jemand die Kulturqualitäten seines eigenen Volkes – dauernd oder jetzt gerade – so negativ oder so kritisch empfinden wie nur möglich, er gehört ihm nach Max Webers Meinung dennoch in einem absoluten Sinne an. Nur für die Menschen dieser Nation fühlt er sich wirklich verantwortlich wie für die Menschen keiner anderen Nation. Hier ist Max Weber wiederum nicht Nietzsche-Schüler und auch nicht Darwin-Schüler, sondern er ist etwas viel Älteres: er ist der Sokrates des Dialoges Kriton, der nicht aus seinem Gefängnis herausgeht, sondern seinen „freieren“, weltläufigen Jüngern, die ihn „befreien“ wollen, antwortet: Nirgends anders will ich weiterleben; hier will ich umkommen als ein *δοῦλος τε καὶ ἐκγονος*: Ich bin „Knecht und Gebürtiger“. – Es gibt eine Briefstelle aus dem Jahre 1911 (an Frau Else Jaffé): „Denn sehen Sie, die Vasallen in alter Zeit haben ihrem gnädigen Herrn oft gesagt, führe uns zur Hölle, wenn es sein muß, und unsere Hand und unser Herz gehört in Fröhlichkeit dir. Nur wisse und laß dir sagen, gnädiger Herr, du hast unrecht. Das sagt unser Kopf, und der bleibt uns!“ Nun, das sieht so aus, als habe Max Weber eine bestimmte Vasallentreue zu seinem Lande gehabt und doch immer seinen *Kopf* gegen sein eigenes Land freigehalten. Ich hätte gegen *diese* Lesart nichts einzuwenden.

Ich bin, glaube ich, am Ende meiner Zeit und werde jetzt eine Wendung zu Ihnen hin vollziehen, Herr Aron. Ich kann eine wesentliche These von Ihnen nicht nur bestätigen, sondern noch verstärken; diese These hängt meines Erachtens auf eine überraschende Weise mit der „Wertfreiheit“ zusammen oder genauer mit dem, was Max Weber als „Wertdiskussion“ immer wieder gefordert hat. Gerade Werte können ja nach seiner Meinung zum Gegenstand wertfreier Diskussion, d. h. unparteiischer, rein sachlicher Diskussion, gemacht werden. Aber da kommt nun etwas ganz Verwundersames, ein Moment, das vom anfänglichen Max Weber bis zum spätesten herrschend bleibt, zum Vorschein. Als er 1893 mit den Sozialdemokraten im Verein für Sozialpolitik diskutiert, erklärt er, die Sozialdemokraten sollten gewiß immer wieder kommen, an den Diskussionen weiterhin teilnehmen, doch nicht, als ob wir glaubten, sie von *unseren* Meinungen überzeugen oder sie in *ihren* Meinungen erschüttern zu können. Keine Rede. Aber wir brauchen sie zur Kritik für uns, damit wir zu unseren Meinungen hinterher desto sicherer zu stehen vermögen. Das war Berlin 1893. Der Schluß seiner

Laufbahn in Sachen Wertdiskussion, München 1919, „Wissenschaft als Beruf“, war der, daß er sagte: Wertdiskussionen, in Schärfe geführt, führen die Menschen nicht zueinander, sondern zeigen ihnen den unüberbrückbaren Gegensatz, durch den sie notwendigerweise gegeneinander getrennt bleiben. Da wird, so scheint es, eine Souveränität des unbelehrbaren Individuums und seiner Überzeugungen postuliert, die merkwürdige Verwandtschaft hat mit der Souveränität der Machtstaaten. Hier liegt in der Tat eine Parallele, die nicht nur einen fragwürdigen, sondern offensichtlich schwachen Punkt in die sonst so starken Weberischen Positionen in Fragen der Werturteilsfreiheit hineinträgt. Hier vor allem sollte die Kritik gegen Weber ihren Einstieg nehmen. Auf dieser Linie käme ich rasch mit Ihnen, Professor Aron, zu wahrscheinlich weitreichenden Übereinstimmungen. Die Differenzen mit Herrn Mommsen dagegen sind von daher noch nicht hinreichend zu begleichen. *Wir* beide müßten wohl in einem Band von Spezialuntersuchungen zu Problemen Max Webers scharfe Diskussionen führen und dabei alle Blätter des Buches Weber offenlegen. Denn wahrscheinlich sind Sie der Meinung, Herr Mommsen, daß auch ich einige von diesen Blättern gewaltsam zudecke. Nun, wir werden das hoffentlich bald miteinander in Erfahrung bringen.

DR. ADOLF ARNDT

Bitte befürchten Sie, meine Damen und Herren, zu dieser vorgerückten Stunde kein Übermaß an schöpferischer Tätigkeit. Die für mich entscheidenden Fragen hat mein Nachbar zur Rechten schon mit einer Gründlichkeit behandelt, die man früher als „deutsch“ bezeichnet hätte. Aber Herr Deutsch ließ lebenswürdigerweise einen Punkt offen. Den möchte ich noch kurz erörtern.

Der faszinierende Vortrag, den Herr Aron uns dankenswerterweise hier geschenkt hat, war gut, „nicht obwohl, sondern indem er schön war“. In diesem herrlichen Vortrage von cartesianischer Klarheit fanden wir einen Weber, der respektabel ist, „nicht indem, sondern obwohl“ er Gefahren zum Bösen enthält. Diese Gefahren zum Bösen – das ist der Punkt, den ich kurz erörtern will.

Man kann, glaube ich, zwei entscheidende Probleme nicht so behandeln. Einmal das, was Sie, Herr Aron, tadelten, als sie sagten, Weber habe die Heterogenität zwischen auswärtiger und innerer Politik verwischt. Zweitens vermißte ich völlig Webers Wertlehre der Macht, die

allerdings unter seinen recht verschwommen ausgedrückten Legitimitätsbegriffen verdeckt ist.

Zunächst Webers Sicht des Zusammenhangs auswärtiger und innerer Politik. So amateurhaft sonst (entschuldigen Sie, wenn ich das so kraß sage) Webers politisches Tun oft erscheint, liegt in dieser Sicht des Zusammenhangs etwas außerordentlich Zukunftssträchtiges. Heute, meine ich, ist die Notwendigkeit der Koordination innerer und äußerer Politik doch in der Welt keine Frage mehr. Ich wage zu sagen, daß in der verspäteten und verzögerten und ungenügenden Demokratisierung Deutschlands einer der objektiven Gründe für beide Weltkriege liegt. Sieht man das, kann man Weber nicht so tadeln. Über die Koordination innerer und äußerer Politik kommt dann auch Webers Legitimitätslehre ins Spiel, gerade auch für die auswärtige Politik.

Wenn Weber die Legitimität der Macht untersucht und ihre drei Arten erörtert, so heißt das doch, daß er die Frage nach der Rechtfertigung der Macht stellt. Infolgedessen kann es nicht stimmen, was Sie behaupten, Herr Mommsen, daß es für Weber keine illegitime Macht gebe. Denn fragt einer, wie und wodurch Macht legitim wird, gerechtfertigt wird, und findet er drei Arten der Legitimität, dann ist es logisch zwingend, daß es auch Macht muß geben können, die in seinen Augen illegitim ist. Auch historisch ist das einfach so zu sehen. Worauf stieß denn Weber zu seiner Zeit? Und welchem Befund gelten seine Ausführungen, die doch, um es scharf zu sagen, Verzweiflungen an Deutschland bedeuten? Worauf er stieß, das war die Illegitimität einer Handhabung der Macht durch Beamte, die von Politik nichts verstanden. So war ja der Zustand Deutschlands bis 1914 und noch danach, seit 1917 verschlimmert dadurch, daß die militärische Leitung, die Oberste Heeresleitung, illegitim die politische Leitung, die Reichsleitung, in ihre Hände nahm. Das war die Lage, auf die Weber traf. So kommt er zu seiner Frage: Wann eigentlich ist nun Macht legitim? Jetzt unterscheidet er, ich möchte sagen, zwei irrationale und eine rationale Art des Legitimen. Die irrationalen oder ideologischen Arten der Legitimierung sind einmal die traditionale, die etwas für richtig und gültig ausgibt, weil es immer schon gewesen sei, und zum anderen die charismatische, die verzaubert und Glauben heischt. Die rationale Art, Macht zu rechtfertigen, ist die Legalität.

Gewiß, Weber hat oft selbst sich in seinen Weg gestellt, so auch hier durch seine unselige Entscheidung, die ja eine persönlich-politische Parteinahme, keine wissenschaftliche Erkenntnis war: seine Forderung, man sollte in den Wirren der Übergangszeit nach 1918 eine charisma-



tische Herrschaft anstreben, eine Überleitungsherrschaft, die er mit einem unglücklichen Wort „plebiszitäre Führerdemokratie“ – nicht: Diktatur! – Führer-Demokratie genannt hat. Doch auch hier (ich gerate da in die wunderliche Advokatenrolle, einen Nationalisten verteidigen zu müssen) muß ich hervorheben, hat Weber nicht etwa einer globalen Macht das Wort geredet oder gar auf ein totalitäres Regime gezielt. Herr Mommsen, Sie sagten, Weber sei für die Globalität der Macht gewesen – wenn ich Sie mißverstanden habe, bitte ich um Entschuldigung; jedenfalls spukt diese Auffassung, Weber hätte eine globale Macht gefordert. Sein Rat war eine, wie er es unglücklich nannte, plebiszitäre Führerdemokratie, übrigens ein Begriff, der doppelt das Demokratische enthält. Vor allem darf man jedoch nicht außer acht lassen, daß für Weber diese sogenannte „plebiszitäre Führerdemokratie“ mit zwei Voraussetzungen unlösbar verbunden war: mit einer Bürokratie, die auf Grund eines stabilen Rechts fachkundig und verläßlich arbeitete, und mit einer scharfen Kontrolle dieser Bürokratie durch ein strenges Enquêterecht des Parlaments. Weder also geht es an, davon abzusehen, daß jenes von Weber für die Übergangszeit der Wirren nach 1918 empfohlene Regime demokratisch legitimiert und fundiert sein sollte, noch darf beiseite gelassen werden, daß Weber darin der Beamtenschaft, einem stabilen Recht und einem zur Enquête befugten, frei gewählten Parlament mitentscheidende Bedeutung beimaß.

Ich widerspreche deshalb Herrn Habermas und Herrn Mommsen: Carl Schmitt ist kein Schüler von Max Weber, erst recht kein legitimer Schüler. Carl Schmitt tat, was er stets tat; er griff sich willkürlich einzelne Elemente heraus; er bastelte sich – z. B. für seinen Begriff der parlamentarischen Demokratie – ein Modell zusammen, bei dem er sich des Taschenspielertricks bediente, selber von vornherein die Fehler miteinzubauen, die er nachher darin auffand und die ein Funktionieren unmöglich machten; so ermöglichte sich Schmitt, die Demokratie anzugreifen, nicht wie sie ist oder sein sollte, sondern sein falsches Modell davon, wie er es wollte. Dieses Modell entsprach in keiner Weise Webers Vorstellung. Man sollte Max Weber nicht mit Carl Schmitt behängen. Das ist ungerecht. Das ist historisch nicht richtig.

Zurück zur Frage nach der Rechtfertigung der Macht. Diese Frage enthält in sich die Voraussetzung, daß Macht nicht durch sich selbst gerechtfertigt ist, sondern der Rechtfertigung bedarf. Die möglichen Rechtfertigungen hat Weber zunächst einmal deskriptiv und unter dem Postulat der Wertfreiheit aufgezählt: zwei irrationale Arten und eine rationale Art. Aber die rationale Art der Legitimität bedeutet um Him-

melswillen nicht – ich meine, das läßt sich aus Webers Schriften nachweisen –, daß er eine Beliebigkeit des Rechts behaupten wollte! Entsakralisierung des Rechts durch die ratio heißt für Weber nicht Willkür, sondern vernünftige Sachgerechtigkeit des Rechts. Vielleicht ist es für Webers Formulierungen ein tragischer Umstand, daß in seine Zeit der Tiefpunkt der deutschen Rechtslehre fiel, die einem Positivismus huldigte, der selbst den Sinn verloren hatte, den ein positivistisches Denken haben kann und sollte. Vielleicht auch ist es Webers Unglück, daß man einzelne seiner Definitionen isoliert, so die unzulängliche Definition des Staates als der Gemeinschaft, die innerhalb eines bestimmten Gebietes das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit mit Erfolg für sich beansprucht<sup>1</sup>. Diese Definition ist – nationalstaatlich gedacht – nur für die auswärtigen Beziehungen gemeint und will auch unter dem Postulat der Wertfreiheit zunächst lediglich das Phänomen Staat in den Griff bekommen, doch gibt sie mit dem Akzent, daß die Gewalt eine legitime sein müsse, selbst ihre Einseitigkeit zu und verweist auf das Wertproblem, auf die Frage, wie Macht mit Wert erfüllt werden kann, worin doch zugleich das Zugeständnis liegt, daß Macht allein noch keinen Wert besitzt. Erst mit der Sinnerfüllung der Macht durch etwas, was ihr einen Wert gibt, kommt das Ganze in den Blick und eröffnen sich neue Perspektiven.

Abgesehen von dem unseligen Einfall, als Weber unter die Politiker ging und als Übergangslösung für eine wirre Zeit die sogenannte „plebiszitäre Führerdemokratie“ forderte, läßt doch seine wissenschaftliche Haltung die Einsicht erkennen, daß er, der für die kapitalistische Zeit eine Berechenbarkeit des Rechts („ähnlich einer Maschine“) verlangte, also Ausschluß des Zufalls, Ausschluß der Willkür, für seine Zeit eine Rationalität des Rechts für angemessen erachtete. Die irrationale und die rationale Art der Legitimität stehen also nicht zeitlos und als gleichgültig austauschbar nebeneinander. Die postulierte Stabilität des Rechts sollte somit nicht auf einem Setzen nach Gutdünken, nicht auf einem Dezisionismus beruhen, sondern auf dem Bewußtwerden der Probleme, auf der sachgerechten Berücksichtigung ihrer Zusammenhänge und der Vernünftigkeit ihrer Lösung, wobei der Vernünftigkeit, d. h. dem Maßvollen und Einsichtigen, die optimale Chance zugesprochen wurde, Gehorsam zu finden. Im Keim kann man in Webers Wertlehre, die in seiner Frage nach der Legitimität für die Macht enthalten ist, Ansätze zu einer Topik, zu einem Problemendenken vermuten, wie

<sup>1</sup> Vgl. dazu meine Kritik in: Staatliche Gewaltanwendung, rechtlich und politisch betrachtet, Bad Homburg 1961.

es die rechtswissenschaftliche Grundlagenforschung inzwischen entdeckt und entwickelt hat<sup>2</sup>. Was Weber mit der Legitimitätskategorie der rationalen Zweckmäßigkeit meint, wird nicht im Mißverständnis einer Macht mit Recht identifizierenden Positivismus, der seinen Sinn verloren hatte, mißdeutet werden dürfen, also nicht als Recht aus Willkür, sondern als Rechtsentstehung, welche die Macht durch eine überzeugende Vernünftigkeit legitimiert, die einem der Probleme sich bewußt gewordenen Problemendenken entstammt, also nicht mehr aus einem geschlossenen System des Naturrechts deduziert, nicht traditional und nicht charismatisch rechtfertigt, sondern aus der Einsicht in die Sachzusammenhänge sachgerecht zu Neuem gelangt. Es läßt sich nicht klarer formulieren, als es gestern Herrn Henrich getan hat.

Soviel zu Webers Problem, welche Rechtfertigung Macht finden kann, um legitime Macht zu werden, Macht, die von Wert ist. In seinem Ringen um dieses Problem sollte Weber als politischer Pädagoge, nicht als politischer Praktiker gesehen werden. Wir sollten nicht vergessen, daß Max Weber drei Fragen sich und uns stellte:

Wie politisiere ich das Volk? (nun, nicht mit dem schrecklichen Ausdruck „politische Bildung“! Politische Menschen, Menschen, die politisch sind, wollte er haben, nicht politisch „gebildete“ Menschen!)

Wie informiere ich das Parlament?

Wie bekomme ich Politiker?

Diese Fragen formulierte Weber aus seiner Verzweiflung an Deutschland. Seine Richtung dabei ging immer auf Entzauberung, auf Entideologisierung, auf das Bewußtsein hin, das Rationale und Vernünftige hin. (Möglich, daß aus der Pforte der Vernunft die „ewigen Werte“ in neuem Verstande wieder zu uns eintreten; gewiß, daß diese Richtung des Denkens polar entgegengesetzt ist zu Carl Schmitt und zum Totalitarismus, der dann aufkam.) In diesen drei Fragen also lagen Webers pädagogische Ideen. Vielleicht trägt diese Tagung zu der Erkenntnis bei: vor diesen drei Fragen stehen wir noch heute.

<sup>2</sup> Vgl. *Theodor Viehweg*, *Topik und Jurisprudenz*, 2. Aufl., München 1963; *Josef Esser*, *Grundsatz und Norm in der richterlichen Fortbildung des Privatrechts*, Tübingen 1956, und meinen Vortrag „Gesetzesrecht und Richterrecht“ in der *Neuen Juristischen Wochenschrift*, 1963, S. 1273.